



zweiwochendienst + zwd-online
Luisenstr. 48 - 10117 Berlin
Fon: +49 30 22 487 487
Fax: +49 30 22 487 484
<http://www.zwd.info>
redaktion@zwd.info

Rösler signalisiert existenzbedrohten Hebammen Unterstützung

zwd Berlin (jvo). Die Prämien für die Berufshaftpflichtversicherungen der über 19.000 freiberuflichen Hebammen und Entbindungshelfer sind in den vergangenen Jahren „deutlich angestiegen“. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung (Drs. 17/1680) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (Drs. 17/1478) hervor.

Dem Bundesgesundheitsministerium liegen jedoch keine Erkenntnisse vor, inwieweit der Anstieg der Prämien sich auf das Angebot der Hausgeburt auswirkt, heißt es in der Antwort weiter.

Dem Gesundheitsministerium fehlen Sofortmaßnahmen

Die akute Existenzbedrohung der freiberuflichen Hebammen in Deutschland aufgrund der steigenden Versicherungsprämien stand auch im Mittelpunkt eines Gesprächs, zu dem Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) am 26. Mai Vertreterinnen der Hebammenverbände nach Berlin eingeladen hatte.

Zwar konnte das Gesundheitsministerium keine Sofortmaßnahmen anbieten, es habe aber die drohenden Versorgungsengpässe für werdende Familien erkannt und wolle zeitnah Gespräche sowohl mit der Deutschen Versicherungswirtschaft als auch mit den Krankenkassen führen, berichtete der Bund freiberuflicher Hebammen Deutschlands (BfHD). Auf Ministeriumsebene seien ressortübergreifende Gespräche mit dem Familienministerium und weiteren Stellen geplant.

Hebammen schlagen Versicherungsverein vor

Des Weiteren versprach Gesundheitsminister Rösler zu prüfen, ob eine Unterstützung der Initiative zur Gründung eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit (VVaG) durch das Ministerium möglich ist. „In einem Versicherungsverein können die Hebammen ihre Versicherungspflicht eigenverantwortlich regeln“, erläuterte die BfHD-Vorsitzende Susanne Schäfer.

Linke fordern konkrete Lösungen

Nach Auffassung der Linken-Fraktion Bundestag sind die Rufe der FDP nach Unterstützung der Hebammen „richtig, aber unglaubwürdig“. Es müsse dringend eine Lösung gefunden werden, damit nicht wegen der zum 1. Juli 2010 rapide steigenden Haftpflichtversicherungskosten zahlreiche Hebammen ihren Beruf aufgeben, mahnte Martina Bunge, gesundheitspolitische Sprecherin der Linkenfraktion an. Auch viele Geburtshäuser stehen ihrer Einschätzung zufolge vor dem Aus. Diese gefährde nicht nur die Arbeitsplätze der Hebammen, sondern auch die Wahlmöglichkeiten der werdenden Mütter.

(01.06.10)

© 2000-2010, zwd-online
Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der ZWD Medien GmbH